



Geschäftsstelle
Bildungsverein
Am Listholze 31
30177 Hannover
Tel.: 0511 - 338 798 54
Fax: 0511 - 338 798 53
nir@bildungsverein.de
www.nds-nir.de

Pressemitteilung des Niedersächsischen Integrationsrates vom 21. Mai 2021

Antisemitismus in allen Formen bekämpfen

Seit einigen Tagen gibt es antisemitische Demonstrationen, jüdische Menschen werden bedroht, Synagogen und andere Einrichtungen angegriffen. Wir verurteilen entschieden jede Form von Antisemitismus und Gewalt. Die Politik und die zuständigen Behörden müssen mehr Einsatz für den Schutz von bedrohten Menschen zeigen. Wir fordern eine konsequente und lückenlose Aufklärung aller antisemitischen Straftaten und ein sofortiges Verbot aller antisemitischen und rassistischen Organisationen.

Gegen die Politik Israels kann man demonstrieren. Demonstrationen sind Teil der Meinungsfreiheit, aber nicht, wenn vor Synagogen und jüdischen Einrichtungen, Juden Hass und Hetze verbreitet wird. Die Jüdinnen und Juden in Deutschland sind nicht für die israelische Politik verantwortlich. Ebenso wenig wie die hier in Deutschland friedlich lebenden Muslim*innen für die Taten der Hamas in Israel und für gewalttätige Demonstrationen in Deutschland verantwortlich sind. Hier darf nicht generalisiert werden, denn dies würde nur den antimuslimischen Rassismus fördern.

Wir sind besorgt darüber, dass Teile der Medien und der Politik den Antisemitismus einseitig der Zuwanderung von muslimischen Migrant*innen oder migrantischen Communities zuschreiben, die so pauschal als antisemitisch verurteilt werden. Dies ist eine Verfälschung bzw. Verdrehung der Geschichte. Tatsache ist, dass über 93 % aller antisemitischen Straftaten einen rechtsextremistischen Hintergrund haben.* „Die größte Gefahr geht weiterhin vom Rechtsextremismus aus“ unterstreicht auch die niedersächsische Justizministerin Barbara Havliza (HAZ vom 19.05.2021).

Die Vorfälle dürfen aus unsere Sicht nicht als Vorwand genutzt werden, um antimuslimischen Rassismus zu verbreiten und damit die Gesellschaft zu spalten. Der Niedersächsische Integrationsrat setzt sich für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts ein und verurteilt mit Nachdruck jede Form von Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und religiös motivierten Hass.

*[BMI - Presse - Zahl der Straftaten sinkt im dritten Jahr in Folge \(bund.de\)](#)

„Antisemitische Straftaten sind um 13,0 % gegenüber dem Jahr 2018 angestiegen (2019: 2.032; 2018: 1.799). Der überwiegende Teil wurde mit 93,4 % dem Phänomenbereich PMK -rechts- zugeordnet.“

Text: Vorstand des Niedersächsischen Integrationsrates (21.05.2021)

V.i.S.d.P.:

Achim Weber, Geschäftsführer, Geschäftsstelle Bildungsverein, Am Listholze 31, 30177 Hannover

Tel.: 0511-338 798 54, nds-integrationsrat@nds-integrationsrat.de, www.nds-nir.de

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung